

Die Gemeinde- und Stadträte sowie die Kreistagsmitglieder der Partei DIE LINKE im Landkreis Stendal vereinbarten auf einem kommunalpolitischen Forum am 11. Februar 2012 in Stendal:

1.) Die KommunalpolitikerInnen der Linkspartei werden sich trotz schwieriger Haushaltssituationen in den Gemeinden, Städten und dem Landkreis in den nächsten Wochen und Monaten alle Kraft daran setzen, die vorhandenen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere die der Kinderbetreuung und Jugendhilfe, die der sozialen Beratungs- und Betreuungslandschaft sowie die Sport- und Kultureinrichtungen, zu erhalten und noch effektiver mit einander zu vernetzen. Unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit soll das aktuelle Grundschulnetz im Landkreis erhalten werden. Die KommunalpolitikerInnen der Partei DIE LINKE unterstützen ausdrücklich die angedachte Errichtung einer Gemeinschaftsschule in der Einheitsgemeinde Tangerhütte.

2.) Wir KommunalpolitikerInnen erwarten vom Land Sachsen-Anhalt, dass bei der endgültigen Beschlussfassung über die Beratungslandschaft und deren Förderung nicht nur von der Einwohnerzahl, sondern insbesondere auch die Fläche berücksichtigt wird, sonst werden die Wege im Landkreis Stendal für Bürgerinnen und Bürger zu weit. Auch die Fallzahlen sollten mit im Focus stehen, denn trotz sinkender Einwohnerzahl ist die Anzahl der Beratungs- und Betreuungsfälle in manchen Bereichen gestiegen, außerdem werden die Problemlagen vielschichtiger.

3.) Vor dem Hintergrund der aktuell veröffentlichten Zahlen zum unverändert hohen Anteil an von Armut betroffenen Kindern im Landkreis Stendal wird die Partei DIE LINKE in den Kommunalvertretungen des Kreises noch einmal alle Aktivitäten zur Bekämpfung derselben intensivieren und in einer konzertierten Aktion eine „Aktionsplan“ in den Kommunalvertretungen einfordern.

4.) Die KommunalpolitikerInnen werden nicht müde eine gerechten Finanzausgleich zwischen den staatlichen Ebenen einzufordern. Wir erwarten eine konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzip bei der Aufgabenübertragung zwischen Bund, Land und den Kommunen. Wir fordern, dass bei der Überarbeitung des Finanzausgleichsgesetzes im Land Sachsen-Anhalt der aufgabengerechte Lastenausgleich und nicht die Kostensenkung im Vordergrund stehen. Zudem muss für den ländlichsten Raum in Norden des Landes ein adäquater Flächenfaktor eingearbeitet werden. Wir brauchen zwischen Land und Kommunen eine verlässliche Partnerschaft, die auch den Gemeinden, Städten und Kreisen Gestaltungsspielraum lässt.